

Rede von Helmut Stahl MdL am Mittwoch, 04. November 2009, im Landtag NRW zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP: "Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP: Neuanfang für Deutschland – Rückenwind für Nordrhein-Westfalen"

Helmut Stahl (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde, die soeben zu Ende ging, hat mir meine Freude nicht genommen. Im Gegenteil: Sie hat sie erhöht, denn sie hat offenbart, dass der Koalitionsvertrag in Berlin Deutschland und Nordrhein-Westfalen nutzt. Sie haben keine belastbaren Argumente dagegen gefunden, und das hat mich gefreut.

(Beifall von CDU und FDP)

Gefreut hat mich im Rückblick auf das Jahr 2009 außerdem, dass die Union, der ich, wie bekannt ist, gerne und lange angehöre, ihre Ziele erreicht hat. Das gilt im Hinblick auf alle Wahlen, zum Beispiel die Landtagswahl in Hessen, die Wahl des Bundespräsidenten und die Bundestagswahl, nach der es innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, gemeinsam mit der FDP eine gute und belastbare Koalition zu bilden, einen Koalitionsvertrag abzuschließen, der ein gutes Fundament für die kommenden vier Jahre darstellt, die uns allen große Ernsthaftigkeit abverlangen werden.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Ich bin froh darüber und stolz darauf, dass dieser Regierung eine Kanzlerin vorsteht, die in den USA bei ihrem Vortrag vor beiden Kammern des Kongresses nicht nur einen guten Eindruck hinterließ, sondern tatsächlich für Begeisterung gesorgt und damit gute Voraussetzungen für ein enges Zusammenspiel zwischen Europa und den USA in den kommenden Jahren geschaffen hat, ein Zusammenspiel, das sowohl wir Europäer als auch die Amerikaner selbst ganz dringend brauchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben unseren Antrag vorgelegt, weil wir absehen konnten, dass Sie den Versuch unternehmen würden, die Berliner Koalitionsvereinbarung durch eine Fülle von Anträgen in ihrer Gesamtheit und Schönheit auseinanderzureißen und damit den Eindruck zu erwecken, als sei das alles nicht mehr zusammenzuführen. Wir wollen an dieser Stelle die Auseinandersetzung darüber kompakt und im Gesamtzusammenhang führen. Deshalb dieser Antrag.

Die Koalitionsvereinbarung gibt uns einen klaren Kompass. Ich bin froh darüber und stolz darauf, dass die soziale Marktwirtschaft, dieses erfolgreiche Modell, das uns in Deutschland Frieden, Freiheit und Wohlstand – nicht nur als ökonomische, sondern auch als gesellschaftliche Ordnung – beschert hat, ganz weit oben im Koalitionsvertrag verankert wurde. Das wäre uns mit der SPD mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht gelungen. Ich habe im Augenblick den Eindruck, dass Sie dabei sind, sich wieder zurück in die Steinzeit zu begeben, in die Zeit vor Godesberg, wo sie versucht haben, die Mitte zu erschließen. Da warten schon die Blutsauger von der PDS auf Sie. Ich kann Sie nur vor diesem Weg warnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir einen starken Staat wollen, der sich um die Finanzaufsicht und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen kümmert und Sorge dafür trägt, dass auch Manager, die Fehler machen und leichtsinnig sind, für das haften, was sie in ihren Unternehmen und insbesondere in der Finanzindustrie weltweit anrichten.

Wir wollen einen starken Staat, der auch dafür sorgt, dass die soziale Ordnung trägt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Privat vor Staat!)

Wir wollen uns um die Pflegeversicherung kümmern, sie zukunftsfest machen und auf ein breites Fundament stellen. Wir wollen gemeinsam das Schonvermögen anheben, weil dies schlicht Ausdruck dessen ist, dass sich Leistung in dieser Gesellschaft lohnen muss.

(Ralf Jäger [SPD]: Das haben Sie zuletzt blockiert!)

Wir sind gemeinsam gegen einen gesetzlich festgelegten, flächendeckenden Mindestlohn, weil er Treibsatz für Arbeitslosigkeit in dieser Krise wäre.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind gemeinsam sehr engagiert der Auffassung, dass es der Stärkung der Tarifautonomie bedarf, dass wir starke Tarifpartner brauchen, die gegenwärtig vieles von der Last tragen, die die Krise ausgelöst hat.

Sie reden von sozialem Kahlschlag. Ich muss Ihnen entgegenhalten: Sie wissen nicht, wovon Sie reden. Die Argumente, die Sie in Ihren Anträgen vortragen, landen alle als Schuss im Ofen, sind realitätsfern und substanzlos.

Der Koalitionsvertrag setzt Impulse zur Überwindung der Krise. Er hilft den Unternehmen durch steuerliche Entlastungen, mit den Folgen der Krise klarzukommen. Er hält die Sozialversicherungsabgaben konstant, die Arbeitnehmer belasten und die Arbeitskosten für die Unternehmen zu erhöhen drohen. Und er hilft den Familien – darauf ist hingewiesen worden –, mit den Folgen der Krise fertig zu werden.

Ich frage mich manchmal, welche Sicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sie haben. Wenn Arbeitnehmer heute im Kurzarbeitergeld stecken und dadurch weniger netto in der Tasche haben, ist es doch vernünftig, sie auch steuerlich zu entlasten, ihnen zu helfen, an den Märkten Ihre Nachfrage auszuüben, um Sorge dafür zu tragen, dass die Binnennachfrage stabilisiert wird. Wir haben also das ökonomisch Vernünftige mit dem sozial Gerechten erneut in Übereinstimmung bringen können.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie darauf hinweisen, Frau Kraft, dass nur 50 % der Menschen Steuern zahlen und damit entlastet würden, kann ich Sie nur fragen: Um Himmels willen, haben Sie völlig die ledige Verkäuferin, die Krankenschwester und den Facharbeiter aus dem Blick verloren? Von denen haben Sie sich verabschiedet. Für die sind nun die Union und die Koalition in Berlin da. Wir kümmern uns um die Belange der Arbeitnehmer.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Koalitionsvertrag setzt die richtigen Impulse in der Innovationspolitik. Er stärkt uns als Industrieland. Das ist für uns in Nordrhein-Westfalen bedeutsam und wichtig. Es werden die Bildungsausgaben um 12 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode erhöht. Wir schaffen ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Wir setzen bei Stipendien das Modell bundesweit um, das Minister Pinkwart für Nordrhein-Westfalen bereits realisiert hat.

Diese Koalition in Berlin hat gemeinsam mit uns ein Herz für ländliche Räume, für die Bauern und Landwirte, die ebenfalls unter der Krise leiden und schauen müssen, wie sie mit den Schwierigkeiten klarkommen, in denen wir stecken.

(Beifall von der CDU)

Der Koalitionsvertrag ist ein Brückenschlag für die Kommunen.

(Lachen von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Ein Brückenschlag? Das ist aber eine morsche Brücke!)

Wir wissen um die Nöte der Kommunen. Wir bieten ausdrücklich an, Kollege Jäger – das hat es im Koalitionsvertrag mit Ihnen vor vier Jahren nicht gegeben –, mit den Kommunen darüber zu reden, wo Handlungsbedarf besteht

(Beifall von der CDU)

und wie wir gemeinsame Handlungsoptionen erarbeiten können, auch um zu erreichen, dass die Not der Kommunen aufgehoben wird, damit sie besser durch die Krise kommen. Das ist von unserem Ministerpräsidenten in diesem Koalitionsvertrag durchgekämpft worden. Statt herumzumeckern, sollten Sie würdigen, dass es uns im Gegensatz zu Ihnen gelungen ist, eine Plattform für eine Diskussion mit den Kommunen zu schaffen, und zwar auf Augenhöhe.

(Beifall von CDU und FDP)

Natürlich wird das alles nicht streitfrei abgehen. Wie sollte dies in einer komplexen Welt auch gehen? Es wird immer wieder Streit um die Umsetzung von Maßnahmen geben. Das ist natürlich. Aber die Richtung stimmt, der Kurs ist klar. Wir sind gemeinsam auf einen Kurs der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Infolgedessen werden wir miteinander gute Kompromisse erzielen.

Wir haben im Gegensatz zu Ihnen einen Kompass. Sie haben ihn verloren. Wir werden und wollen keinen zurücklassen: weder in Deutschland noch in Nordrhein-Westfalen. Deshalb sage ich allen ein ganz herzliches Dankeschön, die für die Qualität dieses Koalitionsvertrages gearbeitet haben. Ich danke ganz herzlich Jürgen Rüttgers, ich danke ganz herzlich Andreas Pinkwart, ich danke ganz herzlich Karl-Josef Laumann,

(Beifall von CDU und FDP)

ich danke allen, die geholfen haben, ein tolles Werk zustande zu bringen, das uns in Nordrhein-Westfalen für unsere Politik Rückenwind gibt und einen Charakter hat, wie wir ihn für Nordrhein-Westfalen kennen, wie wir ihn leben, nämlich ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verzahnen.

Ich erkenne an und bin dafür dankbar, dass Nordrhein-Westfalen ein guter Gastgeber für die Koalitionsverhandlungen war. Das war bestes Standortmarketing weltweit. Man konnte stets unsere Flagge sehen. Man sah zufriedene Gesichter. Auch das verdient Anerkennung.

(Beifall von der CDU)

Anerkennung verdient auch, dass die Erfolge, die wir seit 2005 für dieses Land erzielt und durchgesetzt haben – von der Sprachstandsfeststellung bis zur Umsetzung von EU-Richtlinien 1:1 –, Matrize für die Vereinbarung in Berlin gewesen sind. Wir in Nordrhein-Westfalen waren und sind die Benchmark für eine kluge und vernünftige Politik.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Eher die Badmark!)

Natürlich ist es das Geschäft der Opposition – sie versucht es zumindest –, das Gute, was geschehen ist, herabzusetzen. Ich sage Ihnen: Das dient nicht Deutschland, das dient nicht Nordrhein-Westfalen, und es dient auch Ihnen nicht. Es schadet allen, und es nützt niemandem.

Sie haben auf Ihrem sogenannten Zukunftskongress

(Bodo Wißen [SPD]: Zukunftskonvent!)

am letzten Wochenende in Befürchtungsorgien geschwelgt. Sie haben Viren und Epidemien beschworen, wenn sich Schwarz-Gelb mit seiner Politik durchsetzen würde. Sie haben statt Sinn reihenweise Unsinn und Worthülsen produziert, die die Menschen ratlos machen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Dafür sind Sie doch Experte!)

Kurz: Sie gackern und schlagen mit den Flügeln, während andere die Eier legen und die Substanz der Politik bewegen. Diese Arbeitsteilung besteht zwischen uns.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sehen Sie zu, dass es keine Knickeier werden! – Gisela Walsken [SPD]: Können Sie das vormachen? – Weitere Zurufe)

Ich bin sicher: Die Menschen wussten, dass sie ihre Zukunft in einer Krise den Richtigen anvertraut haben.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie sind die Krise!)

Ich bin sicher, dass wir, wenn wir so erfolgreich mit diesem Ministerpräsidenten weitermachen und Sie weiterhin einen Misserfolg nach dem anderen einfahren, überhaupt keine Probleme haben, uns am 9. Mai mithilfe der Bürgerinnen und Bürger erneut durchzusetzen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)